

# Der Gefellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold  
Nagolder Tagblatt

Gründet 1824

Freitag, den 28. Juni 1920

Redaktions-Zentrale:  
Nagold, am 28. Juni 1920

Verlags-Zentrale:  
Nagold, am 28. Juni 1920

Verkauft an jedem Montag  
12. 12. 1920  
Preis 12. 12. 1920

Nr. 147

Montag den 28. Juni 1920

94. Jahrgang

## Die Wirtschaftskrise

Es frucht in allen Fugen, Kleinstadtwirtschaft werden wieder verloren, alle Böden sind lustlos, die Luft vollsten Boden leer, und arbeitstüchtige Firmen voller Sorgen. Der Konsumt hält zurück, teils weil er auf wesentlich billigere Preise hofft, teils weil er nicht mehr kaufen kann. Fabrikanten, Händler und Arbeiter sitzen auf leeren Lagern, von denen niemand etwas haben will. Was die geringere Klasse befreit, treffen die hohen Gehälter, Löhne und Lohntoten wieder auf. Die Steuerlasten erdrückt alles Wagnis; die wirtschaftliche Unfreiheit, trotz Beteiligung der Fachverbände, lähmt den Unternehmensgeist; die unsichere innerpolitische Lage, dank Versailles, Berlin, R.P.D. und U.S.P.D., macht weitreichende Dispositionen unmöglich; der Kapitalbedarf wächst ins Ungeheure; Kreditgeben ist absolut notwendig, aber ebenso absolut ausgeschlossen, weil jeder sein Betriebskapital ganz eng zusammenhalten muß; das Ausland hat, trotz aller Ausladung bis zum letzten, die Grenzen seiner wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit erreicht; die Schieber sind fast gemordet und nach jeder Richtung hin verproviantiert — und die Regierung speert heimlich alle Grenzen um das Nötigste zu öffnen. Aber mit bürokratischen Sperrmaßnahmen wird solcher Zweck nicht erreicht.

Wer schuldig ist, schuldig, und wenn noch so viele Köpfe am Rhein liegen. Wer keine Bücher liest — welcher Schieber führt denn Bücher? —, laßt über die schönsten Verhandlungen, die das was ja schon immer so, nur den legalen Wandel treffen, an denen aber, für die sie eigentlich gemüht sind, Spürlos vorübergehen. Der von der Entente loslich abhängige Finanzkommissar in Köln muß bewilligen, wo Berlin absichtigt (Köln sagt also ja und Berlin sagt nein), so daß die Schieber von Berlin nach Köln abwandern, ohne daß die von ihnen drohende Gefahr dadurch etwa geringer würde; die Regierung aber, die als bewachte Vertreterin einseitigster Klasseninteressen und geborene Feindin aller Verhältnisse, die auch nur im geringsten mit dem perfekten Begriff des Nationalen zusammenhängen, wird damit los gewirtschaftet hat, steht erschrocken vor der Tatsache, daß Handel und Wandel trocken und daß die alles inwärtigende Verarmung jetzt auch auf die Provinz übergrift, die, als höhere und reichere Steuerzahler zwar bisher geschätzt, aber politisch rechtlos gemacht, durch eisernen Fleiß und einen oft 14stündigen, harten Arbeitstag sich über Wasser halten konnten. Sparen ist aus der Mode gekommen. Die einen können es nicht, selbst wenn sie wollten; und die andern, die es könnten, wollen es nicht, weil sie es für Wahnsinn halten, womöglich zugunsten eines kommunistischen Radikalismus Schätze anzuhäufen, aus denen sich nur die Fenster und Wälder der jetzt Sparrenden bereichern werden. Das kleine Volk braucht Barmittel und muß unumwunden leben, wie dieser politische Radikalismus und sein maßloses und fanatisch verheerendes Ansehen, obgleich längst im Besitz der tatsächlichen politischen Macht, die dem Bürger angeblich zugewandt der Entente entwandenen Gewerbe sammelt und bis zu einer deutschen Bartholomäusnacht verborgen hält — und soll trotzdem noch sparen?

Wer weiter nicht als bis morgen und ein Gefühl auch für das Hebräerwort hat, muß allerdings trotz darüber sein, daß das bisher als unumkehrbar erscheinende Verfallener aller Preise der wichtigsten Produkte, der Getreide und Fertigfabrikate einwärtig ein Ende gefunden hat. Nur erhebt sich die Frage: zu welchen Punkten und zu welchen Kosten? Die breiten Massen bleiben zunächst noch unberührt, weil das, was sie vor allem brauchen, Lebensmittel, solange nicht billiger werden können, als der deutsche Bauer auf der einen Seite noch immer freigebige Arbeitslöhne und Unsummen für Ausrüstungen, Saatgut und alles neu zu beschaffende Arbeitsgerät ausgeben muß, auf der andern aber seine Erzeugnisse nicht frei verkaufen darf und die mit jeder Zwangswirtschaft verbundene unerschöpfliche Aufzucht von Wertstoffen, leicht verderblicher Produkte, zusammen mit einer noch ungewöhnlicheren Art der Verteilung, täglich und stündlich Wertwerte umkommen läßt. Die wirtschaftlich höchsten Preise aber, die bisher als Konstanten für alles, was über den Rahmen der Lebensmittel hinausging, hauptsächlich in Frage kamen, sind entweder bloß geworden und damit ausgeschlossen, oder die das Wirtschaftskleben hemmenden Berliner Verordnungen haben sie derartig entmutigt, daß sie die Hände ins Korn werfen und der weiteren Entwicklung abwartend resigniert ohne die sonst so kräftigen Hände zu rühren. Nur die Schieber rüsten sich zu neuem Kampf, der ihnen nicht auf-fichtlos erscheint, weil ihre Böden gleichermaßen nach rechts wie nach links laufen. Woher bei solchen Verhältnissen eine Erholung kommen soll, ist unersichtlich.

Die Gefahr ist unendlich viel größer, als die meisten denken. Denn wenn die menschlichen Balken erst einmal anfangen nachzugeben und zu zerbrechen, dann gibt's kein Halten mehr. Denn fürst das ganze Gebäude ein und auf seinen Säulen ruhen die Kaskaden aus dem Osten, die dann endlich die lange ersehnte revolutionäre Lage gefunden haben werden, an der sie ihren Blutunger stillen können. Das Problem der allernächsten Zeit reicht also aus dem rein Wirtschaftlichen ins innere Politische, innen wie außen, und wenn die Regierung nicht Kraft oder Verstand genug hat, um das zu begreifen, stellt sich auch, eben um der

Nagolier wollen, gar nicht begreifen will, so ist es Sache des Bürgertums, sich seiner eigenen Interessen selber anzunehmen und durch rücksichtsloses Eintreten für die eigene Zukunft — wie das zu machen ist, darüber halten ja die radikalen Führer auf der anderen Seite seit Jahr und Tag äußerst lehrreiche, praktische Vorträge —, das drohende Unheil noch in letzter Stunde abzuwenden.

Wie ist denn die Lage? Erstens: die zum Leben unentbehrlichsten Dinge, also Lebensmittel, Bekleidung und einige wichtige Bedürfnismittel, müssen unter allen Umständen billiger werden. Zweitens: an einen Abbau der hohen Löhne ist vorläufig nicht zu denken. Drittens: die steuerlichen Verpflichtungen aus dem Versailler Schandvertrage — Unterzeichnen! Unterzeichnen! —, lassen sich einstweilen nicht aus der Welt schaffen. Viertens: wir können und dürfen uns, um der Zukunft aller deutschen Kultur willen, keine Verwertung der Arbeitslosigkeit leisten. Fünftens und sechstens: wir müssen sparen.

Bei den bisherigen Methoden schließen sich alle diese fünf Haupt- und Kardinalpunkte gegenseitig aus. Daher denn auch die allgemeine Unsicherheit, dieses ewige Schwanken nach unten und oben, das Himmelhochjauchzen und das Jammer-Liederweinen. Die Fundamente unserer ganzen Wirtschaft sind unterhöhlt durch den inneren Widerspruch dieser nach den bisherigen Verfahren unüberwindlichen Forderungen. Und dennoch sind sie durchführbar, wenn wir uns endlich nur einmal entschließen können, die Augen aufzumachen, einen großen Teil der Kriegswirtschaftsdogmen über Bord zu werfen und das praktische Leben dort anzufassen, wo es angefaßt sein will.

Erstens: die Einfuhr aller Rohprodukte, die zum Wiederaufbau unserer Exportindustrie und zur Sicherung der unentbehrlichsten Inlandkonsumgüter notwendig sind, wird grundsätzlich freigegeben, alle entgegenstehenden Bestimmungen aufzuheben, alle hier noch arbeitenden Verwaltungsglieder aufzulösen. Zweitens: Die Zwangswirtschaft der wichtigsten Lebensmittel, unter maßgebender Beteiligung der Erzeuger, Händler und Verbraucherverbände, bleibt bis auf weiteres bestehen, weil ein Abbau der gebundenen Wirtschaft nur in dem Maße erfolgen kann, wie ihn die Sicherstellung der Volksernährung zuläßt. Denn darüber sind sich, auf Grund der neuesten Verhandlungen, wohl namentlich alle Justizungen und Berufsverbände einig, daß die Aufhebung der Lebensmittel-Zwangswirtschaft nicht mit einem Federstrich, sondern nur allmählich und planvoll erfolgen darf. Drittens: Der Landwirtschaft sind trotz der Zwangswirtschaft solche Preise zu bewilligen (Mindest- und Höchstpreise wie in England, das doch damit so glänzende Resultate gezeitigt hat), daß unter Berücksichtigung der noch immer steigenden Geschäftskosten noch ein ausreichender Gewinn bleibt. Denn nur so kann der Schleichhandel wirklich beseitigt werden, nicht durch papierne Verordnungen, nicht durch Preise, die den Landwirt, will er nicht untergehen, dem Schleichhändler immer wieder in die offenen Arme treiben. Trotzdem müßten aber diese besseren Inlandpreise immer noch unter den Weltmarktpreisen liegen, oder schweben dort, wo es in einzelnen einmal anders ist, ohne Bedenken gefaßt werden. Zugleich ließe sich noch viel mehr als bisher die Einfuhr gewisser Rohstoffe und Lebensmittel, namentlich solcher, an deren Vorhandensein das Lebensminimum der breiten Massen hängt, auch auf die Gefahr hin, daß eine solche Einfuhr Opfer kostet, die Einfuhr von Getreide und Obst ist ja bereits freigegeben, die von Fischen, diesen wichtigen Rohstoffen, kommt jetzt hinzu. Freilich Getreide, Milch, Butter und Fleisch werden auch bei verstärkter Einfuhr vorläufig kaum billiger werden. Dazu sind die Weltmarktpreise noch viel zu hoch. Das ist schwerlich für viele, aber darüber muß man sich endlich einmal klar werden, so bedrückend auch diese Erkenntnis für breite Verbraucherschichten sein mag. Es sei denn, daß durch große Jubeln von Reich wegen künstlich gefaßt wird. Viertens: Die Ausfuhr aller zwangswirtschaftlichen Gegenstände wird verboten, Zwangsverhandlungen mit Ausland gestoppt. Dagegen ist die Ausfuhr aller übrigen Dinge vollkommen frei und unbeschränkt. Fünftens: Für billige Bekleidung und Beschaffung innerhalb gewisser Einkommensgrenzen sorgt der Staat.

Wenn man das durchführte, gäbe es zunächst mehr zu essen als jetzt, wobei ein Teil der heute noch an das Ausland gehenden Reichsguthäfte zur Verbilligung der Lebensmittel im Lande bliebe dem deutschen Bauer zugute käme, den Schleichhandel manieren und, aus von der Ackerholle ausgehend, den ganzen schwervertrauten Wirtschaftskörper mit neuer Kraft durchströmen würde. Von den acht Milliarden, die bis heute das Ausland geschluckt hat, könnten zwei der deutschen Landwirtschaft zugute kommen, Wunder wirken und die Massen in den Städten endlich wieder einmal satt machen. Hunger ist der Anfang alles Elends, Satten die Vorbedingung jeglichen Aufstiegs.

Aber dieser Weg, so einfach, so eigentlich selbstverständlich er ist, hat drei Fallen: er bringt der Landwirtschaft eine Hilfe, er unterstützt das Kapital und braucht ein lebendiges Bürgertum. Die beiden ersten passen nicht in die politische Ideologie der regierenden Schichten. Das eine nicht, weil man doch die „reaktionäre“ Landwirtschaft erst noch proletarisieren, das heißt wirtschaftlich vernichten will, und das andere nicht, weil Kapital „Verbrechen am Volke“ ist, das zwar, als in die wirtschaftlichen Bedingungen der Weltkonstellation verflochten, ohne eben dieses Kapital nicht leben kann,

trahdem aber sein Todfeind bleibt. Endlich das Bürgertum? Es ist indolent. Und aus diesen drei Gründen heraus wird aus der Sache wohl nichts werden. Und so ruht unsere Zukunft weiter in den Händen von Dilettanten, die sich scheuen, die Folgerungen aus ihren Fehlern zu ziehen.

## Endlich fertig!

Dem Schwab. Merk. entnehmen wir:  
Am 8. Juni, zwei Tage nach der Reichstagswahl, als die Abkehr der Volksstimmung von den Parteien der bisherigen Koalition nach rechts und links hinüber klar hervorgetreten war, hat der bisherige Reichskanzler Hermann Müller seine und seines Kabinetts Entlassung eingereicht und erhalten. Die Ministerkrise war damit eröffnet und sie hat sich über eine Dauer erstreckt, von der man nur zaghaft hoffen möchte, daß sie nicht zur Gewohnheit werde im neuen parlamentarischen Reich. Sollte 18 Tage sind darüber hingegangen, bis endlich mit dem Gehluz der neuen Ministerkabinetts die Krise ihren äußerlichen Abschluß gefunden hat. Am 11. Juni übernahm der bisherige Reichskanzler Müller den Auftrag der Bildung eines neuen Kabinetts, gab ihn aber nach dem vollen Verlangen der Unabhängigen alsbald wieder zurück. Dr. Heine von der Deutschen Volkspartei trat am 13. Juni das Amt an und erst der dritte Zentrumsmann, Konstantin Fehrenbach, hatte mehr „Glück“. Aber noch dauerte es 5 Tage, vom 17. bis 21. Juni, bis der Grund soweit gelegt war, daß Fehrenbach zum Reichskanzler ernannt werden, und noch einmal 5 Tage bis er dem Reichspräsidenten die fertige Ministerliste unterbreiten konnte. Mehr als einmal stand sein Schicksal auf des Messers Schneide. Und wenn er heute das Häuflein seiner Weggenossen überblickt, so weiß er nicht ganz gewiß, ob nicht bald die Stunde kommt, da sie sich wieder trennen müssen.

Das neue Kabinett Fehrenbach ist ein rein bürgerliches Kabinett, aber es ist auch das Kabinett einer Wehrlichkeit. Die drei Fraktionen, aus denen es seine Mitglieder entnommen, Deutsche Volkspartei, Zentrum und Deutsche Demokratie, verfügen, selbst wenn man ihnen die Bayerische Volkspartei und den Bayerischen Bauernbund zurechnet, nur über 2.0 unter 466 Stimmen des Reichstags. Um verfassungsmäßig Bestand zu behalten, bedarf das Kabinett der wohlwollenden Neutralität seiner Nachbarn, im besonderen des starken Nachbarn zur Linken, der Sozialdemokratie. Und daraus liegt in doppelter Beziehung eine Schwäche. Einmal rein äußerlich zahlenmäßig. Und dann: wenn es bis zur letzten Stunde das heiße Bemühen der Kabinettsbildner blieb, um irgend einen Preis die Sozialdemokratie doch noch zur aktiven Teilnahme an der Regierung und zum Eintritt in das Kabinett zu bestimmen, so geschah dies gewiß nicht aus reiner Uebeldienerei gegen die Sozialdemokratie, sondern aus einer sehr richtigen Rechnung heraus. Der Grad der Abhängigkeit des Kabinetts von der Sozialdemokratie ist kleiner, wenn diese im Kabinett verantwortlich mitwirkt, als wenn sie in unbedingter Freiheit über das Schicksal des Ministeriums verfügt. So, wie die Dinge im parlamentarisch geleiteten deutschen Reich jetzt liegen, ist das Kabinett gezwungen, in steter Sorge vor dem Schwert des Damokles immer so zu regieren, daß die Sozialdemokratie guter Laune bleibt. Man dürfte sich also gar nicht so sehr darüber wundern, wenn seine Politik Schwächen in dieser Richtung zeigte. Es ist gar nicht zu verkennen, daß in diesem fatalen Abhängigkeitsverhältnis von einer verantwortungsvollen Sozialdemokratie der angestrebte Jug liegt, den die Lage des Kabinetts Fehrenbach anweist. Auf die vernünftigen Worte des „Vorwärts“, daß man nicht einem andern das Geschick überde, wenn man selbst nichts Besseres an die Stelle zu setzen habe, ist nicht viel zu geben. So spricht er heute, wo auch er ein Interesse daran hat, daß endlich eine Lösung komme. Uebermorgen wird der Ton wieder anders lauten.

Ganz hilflos ist übrigens Fehrenbach mit dem Seinen doch nicht, wenn er es nur Aug anfaßt. Es gibt ein Mittel, gegen eine Tyrannis von links aufzukommen, und dieses liegt in den Beziehungen zu den Deutschen Nationalen. Diese Beziehungen werden gegenseitig herzlicher und hinüber, so zu setzen sein, daß sie geeignet sind, das Kabinett nicht allzu sehr von der Sozialdemokratie abhängig werden zu lassen. Man wird das ohne weitere Erörterungen verstehen. Die Sozialdemokratie überläßt darf aber von ihrem Standpunkt aus ebenfalls den Bogen nicht überspannen, will sie die Regierung nicht ganz in die Arme der Rechten treiben. So mag es schließlich kommen, daß aus dem Gleichgewicht zwischen den zwei Nachbarn eine gewisse Stütze entsteht, deren das ganze Gebilde des Kabinetts Fehrenbach freilich sehr bedarf. Eine Politik entschlossener, zureißender Kraft darf man von ihm nicht erwarten, es muß sich vielmehr mit Klugheit und Schmieglamkeit durch die Schwierigkeiten seiner Lage hindurchzuwinden suchen.

Das Kabinett Fehrenbach besteht, solange das Arbeitsministerium noch nicht besetzt, u. die Stelle des Wiederaufbau-ministeriums noch vorbehalten ist, aus 11 Köpfen. Dazu





stell das Zentrum 4. und zwar außer dem Reichskanzler  
Fehrenbach selbst lauter bisherige Minister, Witt, Hermes  
und Giesberts. Die Deutsche Volkspartei stellt 3 Minister,  
und zwar, wie natürlich, lauter neue Männer, von denen  
allerdings der jetzige Justizminister und Stellvertreter des  
Kanzlers Dr. Heine als Parlamentarier und Jurist längst  
einen bekannten Namen trägt. Der Wirtschaftsmi-  
nister Scholz war bisher Oberbürgermeister von Charlottenburg, früher in  
dieser Eigenschaft in Kassel, Schapmüller u. Kaumer  
ist Verbandsdirektor in Berlin, also ein Mann aus dem  
praktischen Wirtschaftsleben. Von den 3 demokratischen  
Ministern bleiben Koch und Gehler auf ihren bisherigen  
Posten. Auf den neuen Außenminister Dr. Simons fällt  
man große Stücke, und es ist ja auch von ganz elementarer  
Bedeutung, daß angesichts von Spaas auf diesen Posten ein  
herausragend tüchtiger Mann kommt. Dr. Simons hatte im  
Auswärtigen Amt große staatsrechtliche Referate und war  
wegen seiner besonderen Eignung von dem Reichskanzler  
Prinz Max von Baden an die Spitze der Reichskanzlei be-  
rufen worden. In dieser Eigenschaft nahm er an allen Ver-  
handlungen mit dem Großen Hauptquartier teil. Er trat  
nach dem 9. Nov. wieder in das Auswärtige Amt über und  
war einer der hervorragendsten Vertreter der deutschen Ver-  
tretung in Versailles. Er hat mit dem Grafen Brodorski-  
Ranzau seine Stimme im Mai und Juni 1919 gegen die  
Unterschriftung der Friedensbedingungen abgegeben. Als die  
Rationalverlammlung eine Mehrheit für die Unterschriftung  
ergeben sollte, legte er seine Stimme in der Friedensdelegation  
nieder und schied aus dem Reichsdienst, worauf ihn die Ver-  
treter der Industriellen ersuchten, an die Spitze ihres Ver-  
bandes zu treten. Der Verkehrsminister, General Erdner,  
war engerer Landsmann, wird, wie schon bemerkt, als  
„parteiilos“ bezeichnet. Der Ruf seines Namens gründet sich  
auf seine Leistungen im Krieg als Chef des Feldpostbahnen-  
wesens, als Heerführer im Osten, zum Ende als Nachfolger  
Ludendorffs als erster Generalquartiermeister.

#### Rücktrittsgesuch des Reichswehrministers?

Berlin, 26. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet,  
hätte Reichsminister Dr. Gehler infolge der neuen Entente-  
note über die Herabsetzung der Reichswehr auf 100 000 Mann  
heute Vormittag dem Reichskanzler Fehrenbach seine  
Demission angeboten.

Wie dazu von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, sieht  
Minister Dr. Gehler die durch die neue Ententennote geschaffene  
Lage als außerordentlich ernst an, von einem Rücktrittsgesuch  
ist jedoch amtlich nichts bekannt.

#### Die Gefahren der Heeresverminderung.

Berlin, 26. Juni. Die Konferenz von Spaas ist,  
so schreibt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, auf den 5.  
Juli angesetzt. Nur wenige Tage stehen der neuen Regie-  
rung zur Verfügung um sich darüber klar zu werden, wie  
sie ihre Stellungnahme zu diesen schwerwiegenden Bepfropfungen  
im einzelnen zu präzisieren hat. Niemand gibt sich der  
Erwartung hin, daß die Vorschläge der Verhandlungsgegner  
diktieren sein werden von irgendwelcher Rücksicht auf deutsche  
Lebensmöglichkeiten.

Die „Kreuzzeitung“ schreibt unter der Überschrift  
„Sturmzeichen“: Wir wundern uns, daß die Entente  
die unmittelbar bevorstehende Gefahr einer Bolschewisie-  
rung Deutschlands nicht klar erkennt, sie vielmehr durch  
Forderung eines 100 000-Mann-Heeres und der Auflösung  
der Sicherheitspolizei geradezu heraufzitiert.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ liest man:  
In Berlin steht man vor der Entscheidung über die  
mögliche Staatsexistenz. Die 100 000 Mann, um die  
die Reichswehr streben werden soll, ist kein einfaches, sondern  
ein doppeltes Minus. Nicht nur daß die Reichswehr diese  
100 000 Mann verliert, ein namhafter Teil des bisher staats-  
erhaltenden Elements wird, von wirtschaftlicher Not und von  
Zwang getrieben, in das Lager des Widerstands und der  
Unruhen übergehen. Die Verbände werden in der Lage sein  
in einer Polizei, die total oder regional organisiert sein soll.  
Die Erfahrung lehrt, daß solche Polizeimannschaften über-  
raschend schnell bodenständig werden, sobald sie ihre Aktionen  
außerhalb ihres Bezirks unbrauchbar sind. Die regionalen  
Polizeien sollen nach Absicht des Verbands anscheinend neben-  
einander stehen und so fehlt ihnen die einheitliche Spitze.  
Alles in allem ist die Polizei kein Ersatz für die  
Reichswehr.

#### Die Vereinigung Koburgs mit Bayern.

Berlin, 25. Juni. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine  
Verordnung des Reichspräsidenten betreffend die Vereini-  
gung Koburgs mit Bayern, eine Verordnung be-  
treffend die Aufhebung der bayerischen Verordnung vom 22.  
Dezember 1907 und der württembergischen Verordnung vom  
26. März 1881.

#### Verhinderung Dr. v. Holtums?

Marienwerder, 25. Juni. Gelegentlich einer Rücksprache  
des Hauptstabschefs der „Neuen Westpreussischen Mitteilun-  
gen“ mit der Interalliierten Kommission in der Angelegen-  
heit Dr. v. Holtum wurde die Frage nach dem diplomati-  
schen Schutz der im Abstimmungsgebiet Wohnenden dahin  
beantwortet, daß die Interalliierte Kommission nur denjeni-  
gen im Abstimmungsgebiet Wohnenden diplomatischen Schutz  
gewähre, die abstimmungsrechtlich sind. Alle übrigen Be-  
wohner des Abstimmungsgebietes haben sich an die Regierung  
des Landes zu wenden, dessen Staatsbürger sie sind, so z.  
B. ein im westpreussischen Abstimmungsgebiet lebender Ost-  
preuze, der im Bezirk Allenstein abstimmungsrechtlich ist,  
an den englischen Geschäftsträger. Für Dr. v. Holtum habe  
die Interalliierte Kommission in Marienwerder, obwohl Dr.  
v. Holtum hier nicht abstimmungsrechtlich ist, eingegriffen,  
weil er Leiter der deutschen Propaganda im ostpreussischen  
Abstimmungsgebiet sei und ohne ihn unter Umständen die  
ganze Abstimmung gefährdet würde. Daß er bis heute noch  
nicht zurückgekehrt sei, liege entweder an denurchbaren pol-  
nischen Verkehrsverhältnissen oder an irgend einer polni-  
schen Unbilligkeit.

#### Senung der schwarzen Schande!

Der Rheinische Frauenbund, dem Frauen aller  
Stände, Parteien und Konfessionen angehören, hat dieser Tage  
einen energiegeladen Protest gegen die zahlreichen Angriffe der  
französischen Besatzungstruppen auf die Ehre deutscher Frauen

und Mädchen im Rheinland veröffentlicht. Der Bund konnte  
29 Fälle mit Angabe aller Belege anführen. Dabei  
waren 17 farbige Soldaten die Täter. Aus untergeordneten  
Mitgliedern der Arbeitergemeinschaft für eine Polizeistelle des  
Rechts (Heidelberg-Vereinigung) sind weitere 9 Fälle nach  
Namen der Geschädigten, nach Ort und Zeit des Vergehens  
und mit manchen grauenerregenden Einzelheiten bekannt.  
Hochbetante Frauen befinden sich unter den Opfern, doch es  
besteht Grund zu der Befürchtung, daß auch damit die trau-  
rige Liste noch nicht abgeschlossen ist, da naturgemäß die  
Scham viele der Betroffenen zurückhält, der Öffentlichkeit  
preiszugeben, was ihnen widerfahren ist. Die Verurteilung der  
französischen Regierung, die einwandfrei bezeugten Tatsachen zu  
leugnen. Können wir uns nur dadurch erklären, daß sie von  
ihren nachgeordneten Stellen nicht wahrheitsgemäß  
unterrichtet wird. Wir bedauern aufs tiefste die aus anderen  
Erteilen stammenden Männer, die fern ihrer Heimat im  
Dienst eines der Grenzen der eigenen Volkstrait weit über-  
spannenden Militarismus von einem fremden Gebiet ins  
andere geholt werden. Nicht sie tragen die Schuld, daß die  
Prostitution unseres Jahrhunderts in dieser Weise gefährdet  
wird, sondern die weißen Nachbarn, deren willenloses  
Verhalten sie sind. Gegen diese Gewalttäter appellieren wir  
an die gesamte Kulturwelt, an alle gerecht u. ritterlich  
denkenden Frauen und Männer, auf daß sie ihre Macht  
ausüben, damit der Besetzung europäischen Landes durch  
farbige Truppen und den damit verbundenen unermesslichen  
Folgen ein Ende gemacht wird. Gleichzeitig sprechen wir  
unsern Dank allen den Menschenfreunden aus und nicht  
zuletzt jenen in den vormaligen feindlichen Ländern, die aus  
eigener Initiative unseren Appell schon vorausgenommen sind.  
Prinz Max von Baden, Staatsrat Dr. Ludwig Haas,  
Gräfin Pauline Montgelas, Graf Montgelas, Frau E.  
Richter, Frau Marianne Weber.

#### Der 10%ige Lohnabzug.

Berlin, 26. Juni. Die Regierungspartei mit Ein-  
schluß der Sozialdemokratie haben folgenden Antrag einge-  
bracht: Der Reichstag wolle beschließen, einen Ausschuss von  
28 Mitgliedern einzusetzen mit dem Auftrag, die auf Grund  
§ 45 und § 52 des Einkommensteuergesetzes von 1920 er-  
lassenen Ausführungsbestimmungen über die vorläufige Er-  
hebung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn einer Prü-  
fung zu unterziehen, insbesondere zu untersuchen, welche  
Maßregeln zu ergreifen sind, durch die die Härten bei der  
Durchführung beseitigt werden können.

#### Ebert amtsübe.

Berlin, 26. Juni. Das vom Reichspräsidenten an  
den Kanzler gerichtete Ersuchen, die Festsetzung des Termins  
der Präsidentschaftswahl durch den Reichstag alsbald voran-  
zulassen zu wollen, hat einhergehend überrascht. Bekannt war,  
daß Ebert sich in letzter Zeit auf seinem Posten vereinnahmt  
fühle, da die seiner Partei entstammenden Vertrauensleute  
ihm fehlten. Der Reichstag muß natürlich dem Ersuchen des  
Präsidenten entsprechen. In wünschenswertem Maße ist  
früher Termin in Aussicht genommen wird. Vor dem März  
hat bisher jedenfalls niemand an eine Wahl gedacht, und man  
wird von dem Rückgefühl des Reichspräsidenten erwarten  
dürfen, daß er sich den gegen eine zu baldige Wahl sprechen-  
den Gründen nicht verschließen wird.

#### Der Ruf nach dem Fachmann.

Berlin, 26. Juni. Die Zeitung „Volk“ erzählt, daß sich  
gegen den Reichspostminister Giesberts unter den Post-  
beamten eine lebhaftere Bewegung bemerkbar mache. In den  
nächsten Tagen sollen im ganzen Reich Versammlungen der  
Postbeamten stattfinden, in denen der Rücktritt des Post-  
ministers und seine Ersetzung durch einen Fachmann gefordert  
werden soll.

#### Deutsch-französischer Notenwechsel.

Paris, 26. Juni (Havas). Der deutsche Geschäftsträger  
in Paris Dr. Mayer überreichte dem Sekretariat der Friede-  
nskonferenz am Freitag Nachmittag eine Note der deut-  
schen Regierung, in der von den Alliierten eine Verlänge-  
rung der Frist verlangt wird, die Deutschland zur Klärung  
der neutralen Zone gestellt wurde. Es wird darin erklärt,  
daß es Deutschland unmöglich ist, diese Zone bis zum 10.  
Juli zu räumen. Diese Note kreuzte sich somit mit den drei  
Noten, die am Dienstag dem deutschen Geschäftsträger über-  
reicht wurden.

#### Jochs Annerionspläne.

Paris, 26. Juni. Marschall Joch erklärte dem Vertreter  
der Daily Mail in Bezug auf das Verhältnis Frankreichs zu  
Deutschland u. a.: Die Herstellung von 15 000 deut-  
schen Kanonen ist nicht das einzige Mittel, der  
Gefahr vorzubeugen, die die Deutschen für den Weltfrieden  
bedeuten könnten. Die wahre Gefahr liegt in dem feind-  
seligen militärischen Geiste des deutschen Volkes.  
Wenn dieser Geist aufs neue einen Konflikt herbeiführen  
könnte, dann würde die gefährlichste Waffe, deren sich die  
Deutschen in weitestem Maße bedienen würden, das Bomben-  
flugzeug sein. Es sei Pflicht, gegen die kommende Generation  
Vorkehrungen dagegen zu treffen. Ein Mittel dafür sei,  
die Entfernung zu vergrößern, die Frankreich von dem  
Feinde trenne. Wenn wir den Rhein verlassen, lagte Joch,  
sind die Deutschen Ostende näher und von Ostende kann  
Deutschland London in einer Nacht zerstören.

#### Die Kalandsfrage.

Kopenhagen, 26. Juni. Nach einem Stockholmer Tele-  
gramm teilt das schwedische Ministerium des Reichens mit,  
daß die schwedische Regierung aufgefordert worden sei, einen  
Delegierten zu ernennen, der an den Verhandlungen über  
die Kalandsfrage beim Völkerbund teilnehmen solle. Sämt-  
liche Stockholmer Zeitungen sprechen ihre Befriedigung dar-  
über aus, daß die Kalandsfrage an den Völkerbund vermie-  
tet worden sei. „Stockholms Tidningen“ erklärt, daß diese  
Entwicklung für die Kalandsbevölkerung einen Fortschritt  
bedeute. Auch vom finnischen Standpunkt aus müsse dieser  
Schritt begrüßt werden. Finnland sei nicht Mitglied des Völ-  
kerbunds. Es werde trotzdem eingeladen werden und so die  
Pflichten eines Mitglieds erfüllen können. „Sozialdemokra-  
ten“ erklärt die Ueberweisung der Kalandsfrage an den  
Völkerbund letzte Verhandlungen mit den übrigen Großmäch-  
ten voraus. Die Kalandsfrage erhalte so noch eine größere  
Bedeutung.

#### Die Schließung der Dardanellenforts.

Amsterdam, 26. Juni. Der „Times“ zufolge wurden  
am 21. Juni sämtliche 80 Geschütze der Dardanellenforts  
auf der asiatischen Seite von den Engländern gesprengt.  
Die wenigen türkischen Wachtposten verstanden keinen Wider-  
stand. Sie wurden entwaffnet. Am 22. Juni wurden die  
Kriegsgeschütze des Hamidieh-Forts, die bei der Ver-  
teidigung der Dardanellen im Jahre 1915 eine wichtige Rolle  
spielten, zerstört.

#### Vorbereitungen für einen allgemeinen Generalstreik.

München, 24. Juni. Der „Bayerische Kurier“ veröffent-  
licht einen Bericht über eine Sitzung der Kommission der  
U.S.P., die am 20. Juni in München stattfand. Der Vor-  
sitzende bezeichnete es als Aufgabe dieser Kommission, die  
Vorbereitung für den Generalstreik zu treffen,  
von dem man nicht wisse, wann er komme, aber bestimmt  
wisse, daß er unter allen Umständen kommen werde. U.S.P.,  
R.F.D. und U.S.P. hätten, um möglichst einer Preispelelung  
vorzubeugen, getrennte Generalstreikpläne.

Der Genosse Kiening führte u. a. aus: Die U.S.P.  
müsse als stärkste Organisation die Leitung in die Hand  
nehmen. Ganz Deutschland sei in Krisis gerathen, denn in ganz  
Deutschland werde die gleiche Organisation geschaffen. Bayern  
zerfalle in zwei Teile, Süd- und Nordbayern, mit den Sitzen  
in München und Nürnberg. Die Streikkomitees der einzelnen  
Parteien arbeiten scheinbar getrennt. Die erste und Haupt-  
aufgabe der einzelnen Ortsgruppen sei die reifliche Still-  
legung der Betriebe. Unterschiede zwischen sogenannten  
lebenswichtigen Betrieben und anderen würden nicht gebildet.  
Von allen Nachrichten seien notwendige, schwer zu beschaffende  
Teile zu erwerben. Die Eisenbahnen garantieren dafür, daß  
von dem Augenblick der Proklamation des Generalstreiks an  
keine Maschine mehr den Schuppen verläßt. Das Fahr-  
personal bliebe höchstens noch ein paar Tage Dienst tun.  
Die Angestellten der Elektrizitätswerke und der Wasserwerke  
verpflichten sich, dafür Sorge zu tragen, daß auch keine tech-  
nische Notfälle mehr etwas ausrichten kann. Diese sei mit  
allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen. In  
dem Augenblick der Proklamation des Streiks müsse auch die  
Entwöhnung der Einwohnerwachen einsetzten. Dies sei die  
Aufgabe der Kommission. Die Generalstreikleitung arbeite  
mit der Außenwelt nur durch Kuriers in Verbindung. Man  
müsse sich darüber klar sein, daß es sich um einen Entschrei-  
dungskampf handle. Wenn diesmal das Proletariat unter-  
liege, dann sei es erledigt.

In der Diskussion wurde einem Genossen, der auf die  
Gefahren für die Mütter, Säuglinge und für die Kranken-  
häuser hinwies, von dem Vorsitzenden erwidert, einige  
Tausend Menschenleben spielten bei dem Sub-  
kampfe des Proletariats keine Rolle. Am Schlusse  
erklärte der Genosse Kiening, er betrachte die Einwohner-  
wachen nur als Waffenlieferant der U.S.P., da sie sofort  
leicht überrumpelt werden könnten. Mehr zu fürchten sei  
die Reichswehr. Ein Bild sei es, daß ihre Verminderung  
auf 100 000 Mann tödlicher sei.

#### Der drohende Kommunistenaufruch.

Berlin, 26. Juni. Ueber einen drohenden Kommunis-  
tenaufruch erfahren wir folgende Einzelheiten: Am 26. April  
nahm nach 14tägiger Beratung die internationale Kommu-  
nistenkongress in Konstantinopel den Beschluß an, bis  
15. Juni 1920 alle Vorbereitungen zur  
Erringung der politischen Macht zu treffen. In der Sitzung  
der Zentrale der R.P.D. wurde erklärt, daß die Verhältnisse  
schon in nächster Zeit sich so gestalten könnten, daß wir an  
die Errichtung einer Räterepublik denken können.

Ueber die Waffenbestände der Roten Armee wer-  
den folgende Mitteilungen gemeldet: Die linksradikale 1400  
Mann starke Arbeiterwehr in Kiel ist mit Waffen und  
Ausrüstung auseinandergelassen. Ein Depot von 3 000  
Gewehren ist außerdem der Arbeiterkassette in die Hände ge-  
fallen. In Hamburg besteht seit März eine Volkswehr von  
35 000 Mann, die vorwiegend aus linksradikalen Elementen  
zusammengesetzt ist. In Rostock besitzt die aufgelöste Ar-  
beiterwehr 4100 Gewehre, 21 Maschinengewehre, 4 Minen-  
werfer, 12 Geschütze und hat außerdem die Sicherheitspolizei  
der Stadt aus sich herausgebildet. Die Entwaffnungsfaktion  
nach den Wahlunruhen in Medienburg und Pommern ist  
nahezu ergebnislos geblieben. In Spandau sind über  
80 000 Schuß Munition und viele Waffen von den Arbeitern  
erbeutet worden und nicht wieder erlangt. Die Waffen-  
lieferung in Berlin ist unbedeutend, die Enttragung zur  
Roten Armee, die in der republikanischen Freiheit fortge-  
führt wird, umfaßt 18 000 Mann. Das Uebergewicht der  
Truppen allein hat bisher größere Aufstände verhindert. Die  
Brennpunkte der kommunistischen Vorbereitungen bleiben  
Mitteldeutschland und das Ruhrgebiet. In Halle wurde  
tätiglich einem Kurier der Roten Armee eine Liste der Ein-  
stellung der Roten Armee aufgenommen. Nach dieser Zusam-  
menstellung verfügt die Rote Armee über 10 870 Maschinen-  
gewehre, 290 Flammenwerfer, 700 Minenwerfer und 420  
Geschütze.

#### Die Rote Armee und der Optimismus der Regierung.

Aus dem Reichswehrministerium werden folgende er-  
staunliche Mitteilungen gemacht:

Die „Freiheit“, das Berliner Organ der Unabhängigen  
bestreitet die Gerüchte, die von der Bildung roter Arme-  
verbände in verschiedenen Städten des Reiches sprechen. Im  
Reichswehrministerium liegen tatsächlich Nachrichten vor,  
wonach rote Truppenverbände in verschiedenen  
Teilen des Reiches lebungen mit Gewehren, zum Teil  
auch mit Maschinengewehren, abhalten. Auch an anderen  
amtlichen Stellen liegen Nachrichten vor. So aus Berlin,  
wo mit kleineren Abteilungen in Stärke von etwa 200 Mann  
hauptsächlich Jugendlichen, militärische Exerzitäten abgehalten  
werden. Allerdings nicht mit Waffen, sondern nur mit  
Übungsgeräten, so mit Übungsbandgranaten.

Aus Sachsen liegt folgender Bericht vor:

In Leipzig sind als Kampfororganisationen der  
U.S.P. 24 Kompanien unter dem Deckmantel von Ein-  
wohnerwehren aufgestellt worden, die über genügend Waffen  
verfügen. Aus Chemnitz wird berichtet, daß dort lebungen  
zum Teil militärischen Charakters abgehalten werden, die sich  
aber namentlich auf den Nachrichtenendienst mit Fluggenwin-  
ken









**Ämtliche Bekanntmachungen.**

**Ausbruch der Maul- und Klauenseuche.**  
In Bendorf Oberamt Herrenberg ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen. In den 10 Kilometer-Umkreis fallen vom Bezirk Nagold die Gemeinden Heilsbrunn und Nagold. 2953

Nagold, 26. Juni 1920. Oberamt: Müns.

**Schweinemärkte in Hatterbach und Nagold.**  
Die Abhaltung der am 1. bzw. 5. Juli in Hatterbach und Nagold fälligen Schweinemärkte wird wegen Ausbruchs der Maul- und Klauenseuche in Baisingen Oberamt Forst und in Bendorf Oberamt Herrenberg verboten. 2954

Nagold, den 26. Juni 1920. Oberamt: Müns.

**Versammlung über Milchpreis.**  
Nach Rücksprache mit dem Ausschuss des landwirtschaftl. Bezirksvereins lade ich die Gemeinderäte des Bezirks sowie Vertreter der Erzeuger und Verbraucher hiermit auf nächsten Dienstag, den 29. ds. Mts. vorm. 8 Uhr auf das Rathaus in Nagold zu einer öffentlichen Besprechung darüber ein, ob die vom Ernährungsministerium jüngst veröffentlichten Milchpreise für den hiesigen Bezirk nicht wesentlich ermäßigt werden sollten. Vorge schlagen wird, ab 1. Juli den Milchpreis für das Liter auf 1 M frei Sammelstelle einschließlich Bringlohn festzusetzen, also um 25 % zu ermäßigen. 2955

Sollten nicht der ganze Gemeinderat erscheinen will, was nicht notwendig ist, wird ersucht, dem abzuführenden Vertreter der Gemeinde Vollmacht durch den Gemeinderat auszustellen. Nagold, den 26. Juni 1920. Oberamt: Müns.

**Rotfeldern.**

**Sammeln von Beeren**  
Das Sammeln von Beeren auf hiesiger Markung ist für Auswärtige verboten. 2948  
Gemeinderat.

**Walddorf Oberamt Nagold.**

**Farrenkauf.**  
Die hiesige Gemeinde sucht einen 12 bis 15 Monate alten **Zuchtfarren** zu kaufen. Angebote werden erbeten. 2951  
Schulth.-Amt: Reutlinger.

**Landwirtschaftl. Bezirksverein Nagold.**

Bestellungen auf 8-12 Wochen alt: 2962  
**Ferkel**  
zum Einstellen um einen billigeren Preis als denjenigen der anfälligen Händler wollen sofort bei mir gemacht werden. Die Tiere sind geimpft und einer zehntägigen Quarantäne unterzogen. Eshausen, 26. 6. 20. Vorsitzender: Kleiner.

**Entlaufen**

ist seit am Donnerstag mein **Riesen-Schnauzer** (Salz u. Pfeffer) auf den Rufnamen Peter gehend. Der jetzige Besitzer wird gebeten, denselben gegen Belohnung abzugeben bei **Philipp Weimer, Bendorf O.A. Herrenberg.** Vor Ankauf wird gewarnt.

**Verloren**

am Sonntag bei einem Spaziergang überm Lemberg eine **Briefmappe** mit Inhalt von Geld. Der ehl. Finder wird gebeten, dieselbe gegen Belohnung an die Geschäftsstelle d. Bl. abzugeben. 2970

**Mädchen**

Ein ordentliches nicht unter 18 Jahren auf 1. Juli gesucht. **Frau Fortenbacher, l. Engel.** 2960

**Heuschnecken-Verkauf.**

Der Unterzeichnete verkauft seine Heuschnecken 8/7 m lang mit eingebautem Stall. **Otto Seintel, Landwirt, 2967 in Egenhausen.**

**Vorschriftsmäßige Postscheck-Briefhüllen**

mit Aufsatz liefert die Buchdruckerei von **G. W. Zaiser, Nagold.**

Nagold.  
**Die städtischen Kanzleien**  
sind morgen - Dienstag, Peter und Paul-Feiertag - geschlossen. 2971

Den 28. Juni 1920. Städt.-Amt: In Betr. Streb.

Nagold.  
Für die warme Jahreszeit empfehle:  
**leichte Stoffe für Kleider u. Blusen, Waschblusen für Knaben, sehr schöne weiße Damenblusen, Sommer-Unterröcke, Untertaillen, Kleiderzeugle in guten Qualitäten, Schürzenzeugle**  
insbesondere auch für Ärmelschürzen geeignet.  
**Chr. Schwarz**  
2958 Bahnhofstr.

**Wohnungsveränderung und Geschäfts-Empfehlung.**

Zeige meiner werten Kundschaft und einem verehrten Publikum ergebenst an, daß ich meine Wohnung mit Geschäft in das von mir käuflich erworbene, früher Privatier Knodel gehörige in der Bahnhofstraße gelegene Wohnhaus verlegt habe. Für das mir in meinem bisherigen Wohnsitz in der Waldachstraße erwiesene Vertrauen bestens dankend, bitte ich, dasselbe mir auch fernerhin bewahren zu wollen. Hochachtend **Johs. Werner** Maschinengeschäft Bahnhofstraße.

**Gelegenheitskauf.**

2 kristall. fac. Spiegel Größe 152+36 mit Rahmen, auch für Spiegelkränze passend. 1 gewöhnl. Spiegel Größe 54/110 mit Goldrahmen 1 große Waschmaschine für Privat oder Wirtschaft. Verschiedene Gartenmöbel sowie 3 runde, harthölzerne pol. Tische, 1 Kommode. Offerten unter Nr. 2947 an die Geschäftsstelle ds. Bl.

**Tabakfabrikate**

von Arnold Köninger, Ansburg sind wieder am Lager des **Gustav Heller, Nagold.**

**Suche**

sorgt einen älteren, soliden und verlässlichen 2969

**Pferdeknecht**

Kost und Logis im Hause. **Schlenderer, Unterreichenbach O.A. Gaim.**

**Papp-Schachteln**

in verschiedenen Größen vorrätig bei **G. W. Zaiser** Buchhandlung Nagold.

**Pilgerstab.**

Morgen- u. Abendandachten für das ganze Jahr mit Berücksichtigung der hauptsächlichsten Feiertage und Trauertage des Hauses von **Heinrich Spengler, geb. M. 25.20** vorrätig bei **G. W. Zaiser** Buchhandlung :: Nagold. 2968

**Verkauf**

1,5 1919er weiße Lauf-Enten. **S. Gutekunst, Rüter.**

**Wagen**

Einem Herren Kuh-2921 hat zu verkaufen oder gegen einen leichten Wagen zu vertauschen. Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Bl.

Am Dienstag, den 29. Juni (Peter und Paul bürg. Feiertag) sind unsere 2961

**Geschäftsräume geschlossen.**  
Oberamtspflege. Oberamtsparkasse. Gewerbebank Bezirksfürsorgestelle. e. G. m. b. H.

**Warnung!**  
Denjenigen, der das über mich bisher unwahre Gerücht weiter verbreitet, werde ich unnachlässig gerichtlich belangen. **Martin Bürkle, Zimmermeister.** 2964

Die **Herrenberger Delmühle** ist bis zur neuen Ernte noch jeden Dienstag und Mittwoch im Betrieb. 2966

Einfach und doppeltbreit **rot Bettbarchent,** gute Qualität, das Meter von Mf. 32.— an, **Bettfedern** in allen Preislagen, das Pfd. von Mf. 22.— an, **Hemdenflanelle** von Mf. 12.— an per Meter empfiehlt **Chr. Schwarz** Nagold, Bahnhofstr. 2959

Wegen Vornahme der Inventur bleibt der Laden von Montag Nachmittag bis Mittwoch 30. Juni einschl. **geschlossen.** Anzeigen für den „Gesellschafter“ wollen in den Briefkasten an der Haustüre eingeworfen werden. **Buchhandlung und Buchdruckerei G. W. Zaiser, Nagold** Verlag „Der Gesellschafter“.

Die hier erscheinende Kundenzahlung vom 1. Juli 1920/21, sowie die Zahlung von 10% aller Rückstellungen bzw. Verzinsungen und 10% aller Jahresabläufe nach doppelter Buchführung an einem Tag mit jedem Monatsverrechnungstag, kostenlos und unverbindlich. **Karl Hecht** Hecht-Verlag und Buchhandlung Stuttgart-Gablenberg.

**Unentbehrlich** für jedermann ist das soeben erschienene **Meyers Handlexikon** 7. Auflage, mit 1616 Wortabklärungen, 65 Karten und 10000 Beispielen. Ein Band in Netzen gebunden. Das Werk bringt in kurzer, praxisdienlicher Form alles Wissenswerte über die Gegenwart der Welt und die Fragen der Gegenwart. Im beliebigen Buch- oder Zeitschriftenhandel. **G. W. Zaiser, Nagold.**

